



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Umweltausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 30.11.2023,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:30

Ende:



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Moritz Haas

Vertreter für Kim Neumann

Bruno Sebastian Leiner

Oliver Lösch

CDU

Georg Schmalz

Dr. Thorsten Sögding

Abwesend ab 19:03

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Vertreter für Martin Schlimmer-Bär

Dr. Saskia Scholten

Abwesend ab 19:10 Uhr

FWG

Aniello Casella

Vertreter Christian Gies-Dospel

Christian Gieß

Vertreter für Aniello Casella
Abwesend ab 19:13 Uhr

Markus Münch

Die LINKE

Philipp Steiner

Pfeffer und Salz

Inge Fichtmüller

beratendes Mitglied

Dr. Martin Schröder

Abwesend ab 19:05 Uhr



Beigeordnete/r

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Jakob Franz Abwesend ab 17:48 Uhr

Axel Kasprzyk Abwesend ab 19:17 Uhr

Sabine Klein Abwesend ab 18:18 Uhr

Andre Schilling Abwesend ab 17:48 Uhr

Marcel Wilhelm

Schriftführer/in

Matthias Doll

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Kim Neumann Vertreter Moritz Haas

CDU

Dr. Roland Hott

SPD

Martin Schlimmer-Bär Vertreter Dr. Blinn

beratendes Mitglied

Andreas Boltz

Emma Hofmann

Schriftführer/in



Henrik Hamm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde diese dahingehend geändert, dass als TOP 2 der Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2024 (SiVo 230/534/2023) eingefügt wird.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 230/534/2023
3. Sachstand Ostpark
4. Verwendung der KIPKI-Pauschalförderung
Vorlage: 045/001/2023



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt. Eine Einwohnerfragestunde fand somit nicht statt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2024

Herr Franz stellte sich kurz vor, seit dem 16.10.2023 ist er im Dienst, zuvor war er für die Zentralstelle der Forstverwaltung in Neustadt a.d.W. tätig.

Herr Schilling stellte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 12.10.2023 vor, auf die hingewiesen wird. Seit der Erstellung der SiVo gab es 2 Anpassungen. Auf dem Konto 41441 sind zusätzliche Einnahmen von 100.000 € durch Bewilligung von Fördermitteln für klimaangepasstes Waldmanagement. Auf dem Konto 0714 fehlen 25.000 € für Mobilität (Dienstwagen) des Forstwirts, dies wird auf Haushalt 2024 verschoben. Es sind 1.020.000 € erwirtschaftet worden, bei Ausgaben von ca. 750.000 €. Es ergab sich ein positives Ergebnis von 246.000€ (171.001€ ursprünglich eingeplant). Der Dienstwagen ist bereits eingerechnet worden.

Herr Franz berichtete, dass die Holzeinschlagsätze nicht erreicht wurden, hauptsächlich aufgrund der Rezension. Kieferholz sei aktuell nahezu unverkäuflich.

Für das Jahr 2024 ist geplant, bei Altbeständen einen Generationenwechsel durchzuführen, was auch im Sinne der Klimaanpassung ist. Ein Schwerpunkt von Herrn Schnepf ist die Dimensionierung in der Jungphase, besonders vitale Bäume würden markiert und ihre direkte Umgebung freigehalten. Durch die Einstellung eines Forstwirts wird die Flexibilität in der Arbeitssteuerung gesteigert. Bäume im Alter von bis zu 20 Jahren werden gepflegt, aber es wird kein Verkaufserlös erwirtschaftet. Dies ist möglich durch die 100.000€ Förderung; Klimaangepasstes Waldmanagement. Das Betriebsergebnis für das nächste Jahr wird voraussichtlich positiv sein.

Frau Albrecht möchte wissen, ob sich die Befürchtung, dass bei der Revierneuzuschneidung die Arbeitsbelastung zu hoch werden würde, zutraf.

Herr Franz antwortete, dass vormals von der staatlichen Forstwirtschaft Unterstützungsarbeit geleistet worden ist, jetzt sei alles im Haus.

Herr Steiner merkte an, dass unterschiedliche Baumarten unterschiedliche Probleme haben. Er möchte gerne wissen, wie viel Spielraum bei der Baumauswahl besteht.

Herr Franz antwortete, dass heute selbst die Eichen starke Probleme haben. Ansätze sind allgemeine Verjüngung des Bestands, Einfuhr von heimischen Arten und Untersuchung der Arten des eurasischen Grenzgebietes.

Herr Sögding wollte wissen, warum im Haushaltspunkt Grundstücke & Weg deutlich weniger als im letzten Jahr angesetzt ist.

Herr Schilling erklärte, dass nicht jedes Jahr dieselben Maßnahmen anstehen.

Herr Sögding merkte an, dass die „Hochstraße“ Schlaglöcher hat und möchte wissen, ob hier Maßnahmen angedacht sind.

Herr Franz weiß um das Problem, im Jahr 2024 seien nur Instandhaltungsarbeiten geplant, keine investiven Projekte.

Herr Sögding wollte erfahren, ob weitere Kalkungen geplant sind.



Herr Franz erklärte, dass voraussichtlich für die nächsten 10-20 Jahre keine weiteren Kalkungen anstehen.

Herr Sögding fragt, ob sich der Wasserhaushalt verbessert hat.

Herr Franz erläutert, dass dieser entspannter als die letzten 4 Jahre ist, aber noch nicht gut. Bestehende Dürreschäden seien irreparabel, wenige Jahre später würden die Bäume absterben. Als Gegenmaßnahmen werden Sickermulden und Regenrigolen installiert.

Frau Follmann stellt die Frage, wie viel Prozent des Zuwachses geschlagen werden.

Herr Franz konnte keine genaue Zahl liefern, jedoch versichern, dass es weniger als 100% sind.

Im Anschluss beschloss der Umweltausschuss einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2024 in der durch das Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Sachstand Ostpark

Frau Klein, Leiterin der Grünflächenabteilung, stellte den aktuellen Stand vor. Es wird auf die Präsentation verwiesen. Die Arbeiten im Ostpark sind weitestgehend abgeschlossen, der Ostpark ist seit 11.08.23 wieder frei zugänglich. Es gibt noch kleinere ausstehende Arbeiten, die demnächst ausgeführt werden. Durch die neu geschaffenen Feuchtzone am Rand des Schwanenweiher wurden Lebensräume für verschiedene Tiere hergestellt. So hat sich schon eine Vielzahl an Wechselkröten angesiedelt, ebenso sind Libellen und Libellenlarven zu finden und verschiedene Wasserkäfer. Im Schwanenweiher muss sich noch ein Gleichgewicht von verschiedenen Organismen entwickeln. Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind, werden im Ostpark werden im Frühjahr noch Bäume, Sträucher und Bodendecker gepflanzt. Die Wiederherstellung der Wegeführung und des Aussichtsbereiches unmittelbar östlich des Hotels müssen durch den Eigentümer des Hotels umgesetzt werden, dort verläuft auch einer der Rettungswege für das Hotel.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die Größe des Toilettenhäuschens ausreichend ist. Außerdem wird der Grünbereich entlang der Rheinstraße noch erweitert, so dass die Grenze zwischen Straße und Park bzw. Spielplatz noch deutlicher wird.

Frau Fichtmüller wollte wissen, wie sich der Wasserstand, insbesondere in der Trockenzeit, entwickelt und ob die Wasserqualität überprüft wird, auch in Hinblick auf spätere Aussetzung von Tieren.

Frau Klein erläuterte, dass das Wassermanagement funktioniert. Das Wasser aus dem Grundwasserbrunnen hat aktuell erhöhte Phosphatwerte, aber im Schwanenweiher wird das Phosphat über die zugegebenen Mineralien gebunden und das Wasser wird stetig umgewälzt, so dass dort die Phosphatwerte unkritisch sind. Die Messungen haben alle 2 Wochen stattgefunden, im Winter wird die Messhäufigkeit verringert, da die biologischen Prozesse langsamer vonstattengehen. Es ist nicht beabsichtigt, aktiv Fische in den Weiher einzusetzen, da die Fische auch zur Nährstoffbelastung des Wassers beitragen. Nach Aussage des Gewässerbeauftragten sollen zunächst auch keine Muscheln o.ä. eingesetzt werden, die zur Filterung des Wassers beitragen könnten, vielmehr soll abgewartet werden, wie sich der Weiher entwickelt. Problematisch sind auch die Wasservögel. Während die Kanada- und Nilgänse nur vereinzelt gesichtet werden, gibt es aktuell rund 70 Stockenten und 5 Wasserhühner, was eine zu hohe Anzahl für den Schwanenweiher ist.

Frau Dr. Scholten ergänzte, dass eine Maßnahme zur Absicherung des Spielplatzes begrüßenswert ist.

Frau Klein sagte, dass eine Durchlaufsperrung und eine Grünfläche als Pufferzone eingerichtet werden.

Frau Follmann merkte an, dass der Weiher als nichtnatürliches Gewässer dauerhaft gepflegt werden muss, sollte der Kostenpunkt im Haushalt gestrichen werden käme es zu Problemen.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verwendung der KIPKI-Pauschalförderung

Der Vorsitzenden gab einen Überblick über die Mittelbereitstellung, auf Landau entfallen knapp 2,1 Millionen €.

Herr Wilhelm (Klimaschutzstabsstelle Stadt Landau) stellt die Ergebnisse der Antragsprüfungen durch die Stabsstelle Klimaschutz vor, es wird auf die Präsentation verwiesen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass dieses Verfahren gewählt wurde um möglichst unbürokratisch arbeiten zu können. Alternativ müssten Einzelanträge gestellt und geprüft werden. Nachteil ist, dass gegebenenfalls die Anzahl der Anträge das Volumen überschreiten und die Förderung daher nicht garantiert ist. Weiterhin erläuterte er, dass der Antrag zu Baumpflanzungen ohne Straßensanierung zu teuer ist und nach Rücksprache mit der EnergieSüdwest AG carsharing Angebote nur dort sinnvoll sind, wo aufgrund ausreichender Interessenten ein positiver Nutzen zu erwarten sei.

Herr Steiner äußerte seine Zufriedenheit, da die Geldmittel auch den Privathaushalten zugutekommen. Er betont den Nutzen der gebündelten Koordinierung durch die Stabsstelle und ergänzte, dass im „Kaufhaus des Landes“ kostengünstige Angebote existieren. Zusätzlich merkte er an, dass Verschattung durch Bäume wünschenswert ist. Weiter wollte er wissen, ob bezüglich der Balkon-PV Anlagen der Denkmalschutz eingebunden worden ist und regte an, bei den Vermietern aktiv für Bereitschaft zu werben.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Art der Verschattungsmaßnahme nicht vorgegeben würde. Da aber viele Kitas in privater oder kirchlicher Hand seien ist diese Förderung eine seltene Gelegenheit zur Steuerung. Um einen hohen Nutzen bei bedürftigen Bürgern zu erreichen soll das carsharing Angebot in Bereichen wie dem Horst oder dem Malerviertel stationiert werden.

Herr Wilhelm ergänzte, dass der Denkmalschutz noch nicht kontaktiert worden ist.

Herr Leiner merkte dahingehend noch an, dass die Gestaltungssatzungen der Stadtdörfer dahingehend bereits angepasst worden sind.

Frau Albrecht stellte heraus, dass carsharing, im Gegensatz zur VRN Flexline, nicht auf das Stadtgebiet beschränkt ist. Die Inhalte werden nun in der Fraktion besprochen. Des Weiteren sagte sie, dass der Antrag zur Flächenentsiegelung nicht als Konzept gedacht war, stattdessen sollte ein Ort identifiziert und die Maßnahme dann auch durchgeführt werden. Bezüglich der Lastenräder ist sie nicht überzeugt, dass hierdurch Kraftfahrzeuge ersetzt werden würden. Darüber hinaus ist es für sozial schwächere Bürger ein Hemmnis, wenn die Förderung nicht garantiert ist. Sie regte an, im VRN Flexbike Programm Lastenräder aufzunehmen. Zusätzlich wollte Sie erfahren, ob die Stadt Pläne zur Implementierung eines Mieterstromkonzepts für die Mieter städtischer Liegenschaften habe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Stadt in der aktuellen Legislaturperiode Ihre Aufwendungen gesteigert hat, jährlich werden ca. 200.000-250.000€ investiert. Die Problematik bezüglich der Ungewissheit bei der Förderung ist ihm bewusst, aber als geringeres Übel eingeschätzt im Vergleich zum bürokratischen Aufwand bei einzelnen Vorabgenehmigungen. Darüber hinaus werden bei der nächsten Ausschreibung für ein



Leihradssystem durch die von Lastenrädern und e-Bikes mit aufgenommen. Diese Ausschreibung ist bis Ende 2026 abgeschlossen.

Frau Scholten hat vorgeschlagen, die Förderung in 2 Systeme aufzuteilen, sodass ein Teil davon garantiert werden kann, um die Ungewissheit zu beseitigen. Alternativ hat sie ein „Tranchen“-system vorgeschlagen, bei dem über einen gewissen Zeitraum Anträge eingereicht werden können, aus denen dann gelöst würde.

Herr Wilhelm, dass eine Vorschusszahlung im Rahmen der KIPKI Förderung nicht zulässig ist.

Der Vorsitzende war der Tranchenidee positiv gestimmt. Er ergänzte, dass die KIPKI Mittel umverteilt werden dürfen.

Herr Steiner drückte seine Zustimmung zur Tranchenidee aus. Er schlug vor, gezielt Werbung für die Förderungen zu machen um das gewünschte Klientel zu informieren.

Frau Scholten hat angemerkt, dass Sie nicht überzeugt ist, dass durch die E-Roller Maßnahme Kraftfahrzeuge ersetzt werden. Darüber hinaus regte Sie an, Werbung für mehr Klimabewusstsein durchzuführen, dies steht auch auf der Positivliste des KIPKI.

Herr Münch äußerte, dass er keine Bedenken hat wenn die Anträge chronologisch abgearbeitet würden. Weiter äußerte er seine Zustimmung zum Tranchensystem.

Herr Schmalz bat um Erläuterungen zum vorgeschlagenen Wärmesondenfeld.

Herr Kasprzyk (Energieberater Gebäudemanagement Landau) führte aus, dass der Bedarf bei 500 kW liegt, es ist ein Strom- und Wärmeverbund angedacht. Aktuell sind 400 kWp (kW peak) PV Leistung installiert. Für das Erdwärmesondenfeld sind bei 50 W/m und einer Bohrtiefe von 130 Metern 70 Bohrungen nötig.

Herr Steiner betonte die Wirkung durch Normalisierung im Bewusstsein, als Beispiel nannte er das Stadtradeln. Eine direkte Förderung durch Staatsgelder von PV Anlagen ist beihilferechtlich nicht zulässig.

Der Vorsitzende ergänzte, dass Seniorenräder vermehrt genutzt werden und er sich dadurch eine Normalisierung in Bezug auf diese erhofft.

Frau Follmann stellte heraus, dass durch Individualförderungen eine mögliche Politikverdrossenheit verringert werden kann.

Frau Dr. Scholten führte aus, dass bei Ihrem Tranchensystemvorschlag keine chronologische, sondern eine geloste Auszahlung gemeint war. Außerdem möchte Sie wissen, ob auch gebrauchte Fahrräder förderfähig sind und ob es eine Möglichkeit gibt, bei hohem individuellen Förderbedarf einen gesonderten Antrag zu stellen.

Herr Wilhelm erwiderte, dass im Rahmen der KIPKI Förderung nur Neuanschaffungen förderfähig sind.

Der Vorsitzende stellte heraus, dass bei dem Tranchensystem festzulegen ist, wie oft man sich hierfür bewerben darf. Eine gesonderte Förderung nach dem Bedürftigkeitsprinzip ist sehr schwierig, da keine eindeutigen Kennzahlen zur Einordnung existieren.



Herr Leiner merkte an, dass bei der Balkon-PV Förderung eine Ablehnung aufgrund von Verspätung durch beispielsweise Lieferengpässe sehr ärgerlich wäre, er plädiert für eine Vergaberichtlinie.

Der Vorsitzende drückte aus, dass die Förderung nur für Personen mit Erstwohnsitz in Landau gedacht ist.

Frau Albrecht möchte erfahren, wie die Informationskampagne zu der Individualförderung geplant ist.

Herr Wilhelm erläuterte, dass dies noch nicht geklärt ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass noch 2-3 Monate Zeit sind, die Förderung wird vermutlich nicht vor dem 2. Quartal 2024 starten. Er strebt aber eine breite Streuung bei der Kampagne an.

Herr Steiner ordnete PV im Stadtgebiet eine hohe Priorität zu. Er meinte außerdem, dass sich bei Ablehnung des Antrags lediglich die Amortisationszeit etwas erhöhen würde und sah es daher als nicht sehr problematisch an.

Der Vorsitzende erklärte abschließend, dass eine Vorgabe des Erwerbs der geförderten Produkte eine Vorgabe zum Kauf bei Landauern Händlern unzulässig ist, jedoch wäre es möglich Zusatzangebote von hiesigen Händler zu bewerben.

Im Anschluss beschloss der Umweltausschuss einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in Landau in der Anlage wird vorbehaltlich der Zustimmung des Fördermittelgebers im Rahmen der verfügbaren Fördermittel zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Förderantrag beim Land zu stellen.



Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 30.11.2023 umfasst 5 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter bis .

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Henrik Hamm
Schriftführer